

Olaf Lies

Mitglied des Niedersächsischen Landtages



Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender im Niedersächsischen Landtag
Stellv. Landesvorsitzender SPD-Niedersachsen

Pressemitteilung:

2012-03-16

Landtag

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030 – 3139
olaf.lies@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro

Rathausplatz 14
26382 Wilhelmshaven
Tel.: (04421) 77919-10
Fax: (04421) 77919-20
info@olaf-lies.de

Abgeordnetenbüro Hannover

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (01578) 7258056
buero-hannover@olaf-lies.de

privat

Tichelboeweg 18
26452 Sande

www.olaf-lies.de

Hannover, 16. März 2012

Resolution im Landtag: Schlecker-Beschäftigte nicht im Regen stehen lassen Lies: Niedersächsische Abgeordnete befassen sich am Freitag mit Schlecker

Mit einer Resolution im Niedersächsischen Landtag will die SPD auf die dramatische Situation für die Beschäftigten bei Schlecker aufmerksam machen. Am kommenden Freitag wird es dazu eine Debatte im Landtag geben. Mehr als 2.200 Personen waren noch im Februar 2012 in Niedersachsen in der Drogeriekette Schlecker beschäftigt. Jetzt soll die Hälfte aller Beschäftigten entlassen werden. „Damit droht über 1.000 Frauen in Niedersachsen die Arbeitslosigkeit“, beschreibt Frieslands SPD-Landtagsabgeordneter Olaf Lies die schwierige Situation von der auch eine große Zahl von Frauen in der Region betroffen seien dürften. Insgesamt sollen mehr als 12.000 der insgesamt 25.400 Beschäftigten in Deutschland ihren Arbeitsplatz verlieren. „Das ist dramatisch, da fast ausschließlich Frauen davon betroffen sind und diese mit ihrer Beschäftigung zum Teil den Lebensunterhalt sichern müssen! Und darum müssen wir jetzt über die Landespolitik und Landesregierung auch Druck auf den Bund machen.“ Das Bundeswirtschaftsministerium hatte entschieden, dass sich der Insolvenzverwalter keine Hoffnung auf finanzielle Hilfe von der staatlichen Kreditanstalt für Wiederaufbau für die rasche Bildung einer Transfergesellschaft machen kann. „Die Finanzierung einer Transfergesellschaft muss aber für mindestens 6 Monate sichergestellt werden“, fordert Lies in der Resolution.

Bei dem im Januar eingeleitete Insolvenzverfahren sind bisher, wie in solchen Fällen üblich, die Lohnkosten für Januar bis März von der Bundesagentur für Arbeit durch Auszahlung von Insolvenzgeld übernommen worden. Dieser Zeitraum reicht aber für eine Lösung nicht aus. In ihrer Resolution fordert die SPD daher auch nach Möglichkeiten zu suchen, das Insolvenzgeld über den 31. März, also den Ablauf der rechtlich festgelegten drei Monate hinaus, zu zahlen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien es schließlich, die über Jahrzehnte den Erfolg des Unternehmens aufgebaut haben. Laut Manager Magazin <http://de.wikipedia.org/wiki/Manager_Magazin> verfügte die Familie Anton Schlecker 2011 über ein Gesamtvermögen von ca. 1,95 Mrd. Euro, berichtet Lies. Es ist nicht einfach hinzunehmen, dass die Mitarbeiterinnen für eine verfehlte Geschäftspolitik der Familie Schlecker jetzt „den Kopf hinhalten“ müssen.

Kurzfristig hatte der Insolvenzverwalter die Mitarbeiterinnen in den Filialen und die Betriebsräte aufgefordert, Konzepte für den Erhalt ihrer Filialen zu entwickeln. Diesem Wunsch kam ein sehr großer Teil der Belegschaft innerhalb von wenigen Tagen nach. „So hat sich z.B. durch die Arbeit der Betriebsräte für Sande gezeigt, dass eine der beiden Filialen erhalten bleiben soll. Um eine sachgerechte Bewertung des Ist-Zustandes und der Perspektiven für den Erhalt von weiteren Filialen vorzunehmen, ist jedoch mehr Zeit notwendig“, so der stellv. Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag. Zusätzlich benötigten die Betriebsräte dazu auch eine qualifizierte Unterstützung bei der Erarbeitung von Konzepten zum möglichen Erhalt von Filialen. „Und eins ist auch klar, an die bisher auf den Schließungslisten aufgeführten Filialen muss dazu aber bis zur Klärung weiterhin Ware ausgeliefert werden. Sonst greift man einer Entscheidung faktisch vor“, so Lies